

"FIT STATT FETT"

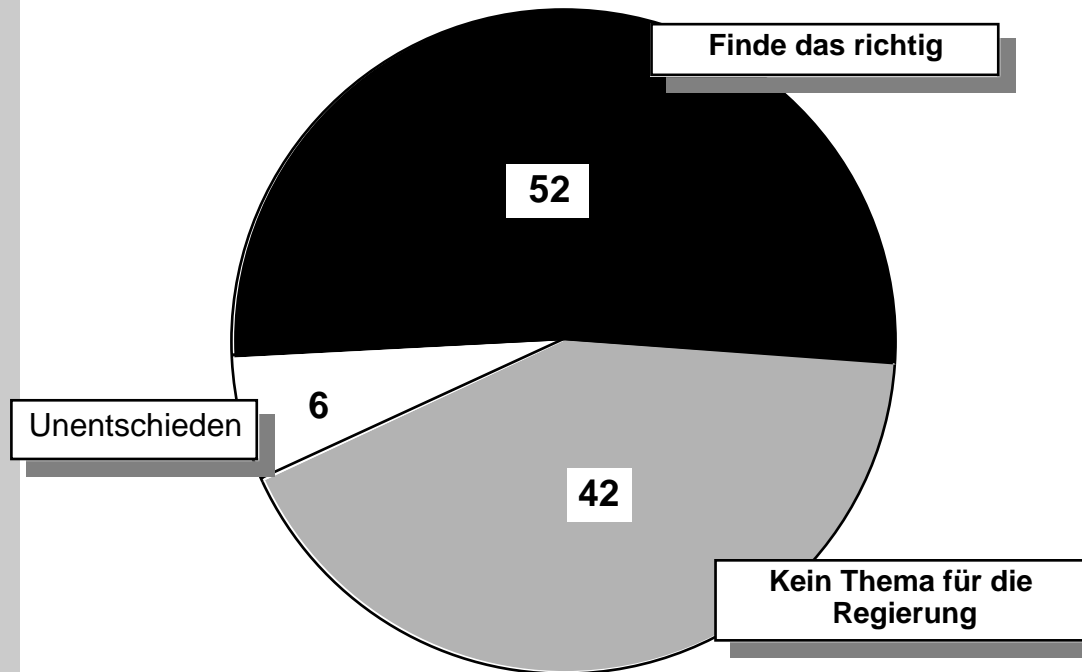
Die Mehrheit sieht darin durchaus ein Thema für die Regierung, aber viele zweifeln am Erfolg des Aktionsplans

Allensbach am Bodensee, Mitte Juni 2007. - Das Bundeskabinett hat im Mai Eckpunkte eines Nationalen Aktionsplans verabschiedet, mit dem das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Bevölkerung verbessert werden soll. Der Aktionsplan mit dem Titel "Fit statt fett" ist eine Reaktion auf internationale Vergleichsuntersuchungen, die zeigen, dass in Deutschland besonders viele Menschen, auch besonders viele Kinder, übergewichtig sind. 78 Prozent der Bevölkerung haben von diesem Aktionsprogramm der Bundesregierung inzwischen gehört. Mehr als jeder Zweite findet es richtig, dass die Regierung sich um dieses Thema kümmert. 42 Prozent vertreten die Ansicht, dass das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Menschen kein Thema ist, mit dem sich die Regierung beschäftigen sollte.

www.ifd-allensbach.de
Porträt des Instituts - Leistungsspektrum - Aktuelle Studien

"Fit statt fett" - Soll sich die Regierung mit solchen Themen befassen?

FRAGE: "Finden Sie es richtig, dass die Regierung sich jetzt um dieses Thema (des Aktionsplans "Fit statt fett") kümmert, oder ist dies kein Thema, mit dem sich die Regierung befassen sollte?"



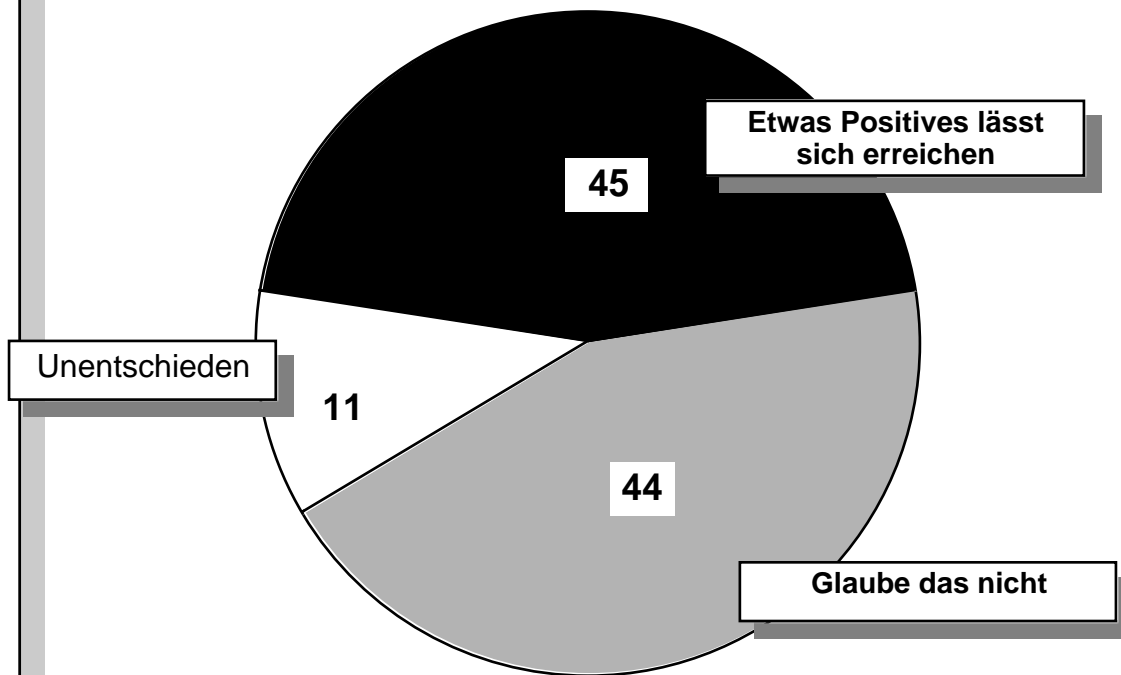
Bevölkerung ab 16 Jahre
in Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10005, Mai/Juni 2007

Im Blick auf die Frage, ob sich mit einer solchen Regierungsinitiative wie "Fit statt fett" tatsächlich etwas Positives erreichen lässt, gehen die Meinungen auseinander. 45 Prozent sind optimistisch und glauben, dass die Regierung hier durchaus positiv auf die körperliche Fitness der Bevölkerung einwirken kann. Fast ebenso viele Menschen (44 Prozent) geben sich dagegen skeptisch: "Das glaube ich nicht".

"Fit statt fett" - Soll sich die Regierung mit einem solchen Thema befassen?

FRAGE: "Glauben Sie, dass die Regierung mit einem solchen Programm ("Fit statt fett") etwas Positives erreichen kann, oder glauben Sie das nicht?"



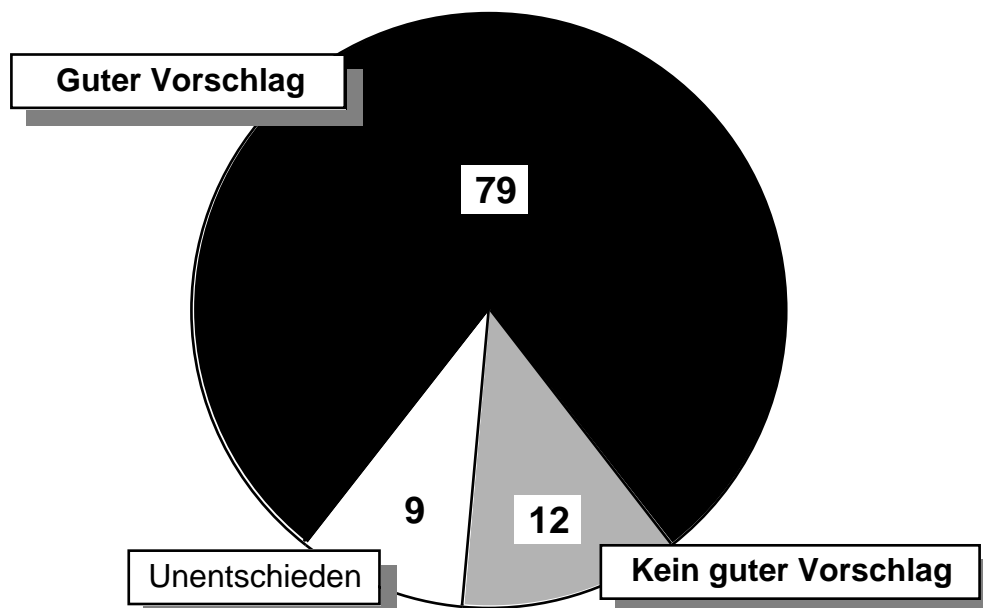
Bevölkerung ab 16 Jahre
in Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10005, Mai/Juni 2007

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist aber sehr wohl überzeugt, dass die Regierung konkret über gesetzliche Maßnahmen zu einer gesünderen Ernährung der Bürger beitragen könnte, z.B. mit einer Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, die besonders viel Fett oder Zucker enthalten, wie Chips und Schokolade. 79 Prozent fänden eine solche Maßnahme gut. Nur 12 Prozent halten nichts von einer solchen Kennzeichnungspflicht für besonders fett- oder zuckerhaltige Lebensmittel.

Kennzeichnungspflicht bei hohem Fett- und Zuckergehalt?

FRAGE: "Kürzlich ist vorgeschlagen worden, Lebensmittel, die viel Fett und Zucker enthalten, wie Chips und Schokolade, besonders zu kennzeichnen, um die Verbraucher auf den Fett- und Zuckergehalt aufmerksam zu machen. Finden Sie, das ist ein guter Vorschlag oder kein guter Vorschlag?"



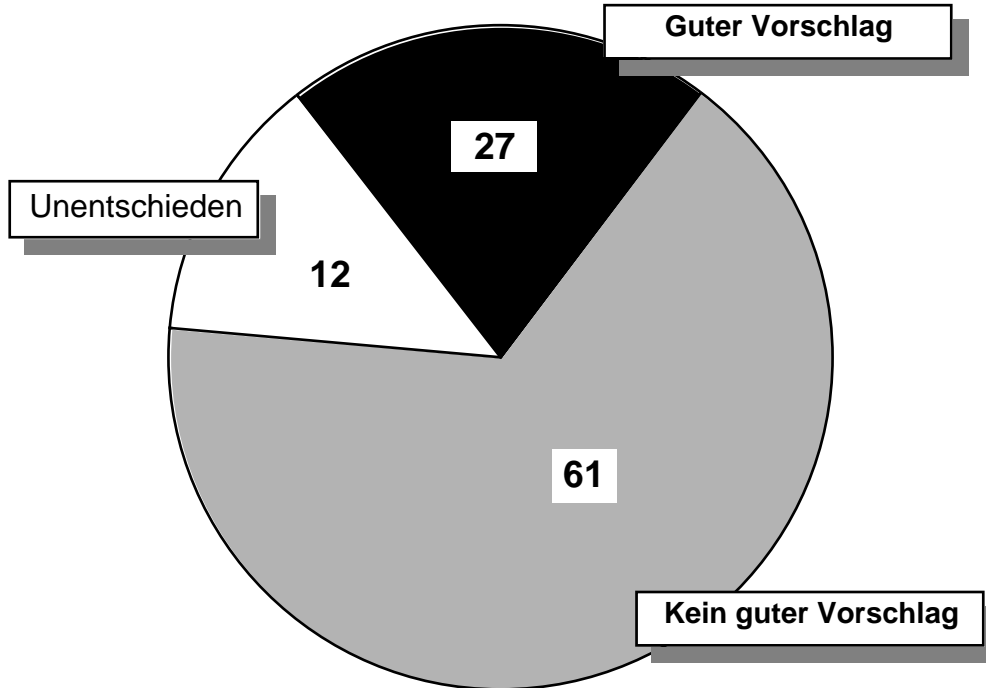
Bevölkerung ab 16 Jahre
in Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10005, Mai/Juni 2007

Dass der Staat aus quasi ernährungspädagogischen Gründen für Lebensmittel, die wenig gesund sind, höhere Steuern festlegt, also den für Lebensmittel zur Zeit geltenden Steuersatz von 7 Prozent auf den allgemein geltenden Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent anheben könnte, hält dagegen nur eine Minderheit (27 Prozent) für gut. 61 Prozent winken ab: "Das ist kein guter Vorschlag".

Steuererhöhung für Fett und Zucker in Lebensmitteln?

FRAGE: "Für Lebensmittel beträgt die Mehrwertsteuer ja nur 7 Prozent und nicht wie bei fast allen anderen Waren 19 Prozent. Jetzt ist vorgeschlagen worden, die Mehrwertsteuer für Lebensmittel, die viel Fett und Zucker enthalten, wie Chips und Schokolade, auf 19 Prozent zu erhöhen. Finden Sie, das ist ein guter Vorschlag oder kein guter Vorschlag?"



Bevölkerung ab 16 Jahre

in Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10005, Mai/Juni 2007

TECHNISCHE DATEN FÜR DIE REDAKTION

Anzahl der Befragten:	1.810
Repräsentanz:	Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Zeitraum der Befragung:	25. Mai bis 6. Juni 2007
Archiv-Nummer der Umfrage:	10005